

hier - ich möchte dies betonen - nicht um eine parteipolitische Frage, sondern um eine Frage des Einkommens und Besitzes.“<sup>177</sup>

Regierungschef Frick verteidigte und erklärte, man habe entschlossen, auf einen kompletten Umbau des Steuergesetzes zu verzichten und nur eine Novellierung durchzuführen. Damit scheiterte der erste Anlauf zur Einführung der allgemeinen Einkommenssteuer. Der Arbeitervertreter in der Arbeitsgruppe sei auch dafür gewesen. Ein solches Anliegen habe neue Berechnungen verlangt. Die Unterkommission habe man mit den Anhängern der Novellierung gebildet um die Angelegenheit zu beschleunigen und nicht zu verlangsamen. Frick betonte zudem, er habe selber bei der Kommission Druck gemacht. Landtagspräsident Josef Hoop bekräftigte auch, dass sowohl der Landtag wie auch Regierung an einer schnellen Lösung interessiert seien.<sup>178</sup>

Beck merkte zum Schluss an, er habe niemanden einen Vorwurf machen wollen, und betonte ein weiteres Mal, es sei keine ‚parteipolitische Angelegenheit‘. Er resümierte etwas mysteriös: „Ich habe nur betont, dass in unserem Lande verschiedene Kreise vielleicht doch ein Interesse daran haben, dass das neue Steuergesetz nicht so schnell in Kraft treten kann.“<sup>179</sup>

Das letzte Kapitel vor der grossen Steuerreform bestand aus einer ‚Eingabe und Antrag‘ von drei Abgeordneten der Vaterländischen Union 1959. Hauptvertreter war wieder Johann Beck. Sie wünschten die Neueinschätzung der Gebäude, die 1955 eingeführt wurde, bis zur Steuerreform auszusetzen. Sie befürchteten, die Mehrbelastung einiger Kleinverdiener werde ohne Entlastung zu gross.

Die Eingabe sorgte bei der Regierung für Ärger. Die Antwort von Regierungschef Alexander Frick war umfangreich und gereizt. Er argumentierte damit, dass die Neueinschätzung gerade vom Parlament und insbesondere auch von der VU und der Arbeitervertreter gewünscht worden war, die Mehrbelastung vor allem die höheren Einkommen betreffe und dadurch steuerlich gerecht sei, der administrative Aufwand gross war die Neueinschätzung durchzuführen und den Gemeinden ihr Budget durcheinander bringe.<sup>180</sup>

---

<sup>177</sup> Ltp vom 23.12.58, S. 267.

<sup>178</sup> Ltp vom 23.12.58, S. 268.

<sup>179</sup> Ltp vom 23.12.58, S. 268.

<sup>180</sup> Ltp vom 1.5.59, S. 16-22.